



Baden-Württemberg.de

ZEITSTRAHL

Beschlüsse und Projekte der Landesregierung von 2016 bis 2021



📷 Staatsministerium Baden-Württemberg

Im folgenden Zeitstrahl finden Sie einen Überblick der wichtigsten Beschlüsse, Projekte und Maßnahmen der grün-schwarzen Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode von 2016 bis 2021.

DIGITALISIERUNG

Baden-Württemberg gestaltet aktiv den digitalen Wandel

Baden-Württemberg gestaltet aktiv den digitalen Wandel

Baden-Württemberg ist ein führender Innovationsstandort und investiert mit Nachdruck in Zukunftsbereiche. Bei den Megatrends Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, aber beispielsweise auch bei Innovationen in der Mobilität, Medizin und der Weiterbildung geht das Land voran.

[Weiterführende Informationen](#)

TECHNOLOGIE

Weitere 26 Millionen Euro für Wasserstoff-Projekte

Die Landesregierung hat weitere 26 Millionen Euro für Projekte zur Entwicklung und Vermarktung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien in den kommenden Jahren freigegeben. Die Mittel stammen aus der Rücklage „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“.

[Weiterführende Informationen](#)

LÄNDLICHER RAUM

Abschlussbericht des Kabinettsausschusses Ländlicher Raum

Der Kabinettsausschuss Ländlicher Raum konnte insbesondere in den Bereichen Pflege und Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Mobilität konkrete Maßnahmen umsetzen, innovative Projekte anstoßen und nachhaltige Konzepte entwickeln, die die Lebensqualität der Menschen im Ländlichen Raum verbessern.

[Weiterführende Informationen](#)

EXTREMISMUSBEKÄMPFUNG

Ausschluss extremistischer Organisationen von freiwilliger Landesförderung

Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Bekämpfung des Extremismus ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Sie hat nochmals klargestellt, dass keine extremistischen Vereinigungen oder Personen von einer freiwilligen Landesförderung profitieren dürfen.

[Weiterführende Informationen](#)

[Weiterführende Informationen](#)

GRÜNDUNGSFÖRDERUNG

Exzellenzprogramm für Gründerkultur an den Hochschulen

Mit einem umfassenden „Gründermotor“-Programm unterstützt das Land den wechselseitigen Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Rahmen des Maßnahmenpakets „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ stehen dafür bis zu 6,1 Millionen Euro bereit.

[Weiterführende Informationen](#)

SPORT

Solidarpakt Sport um weitere fünf Jahre verlängert

Das Land und der Landessportverband haben den Solidarpakt Sport IV unterzeichnet. Damit erhält der organisierte Sport ab 2022 für weitere fünf Jahre eine verlässliche Förderung, die eine zukunftsfähige Gestaltung von Breiten-, Leistungs- und Schulsport ermöglicht. Das Fördervolumen wird um jährlich 18 Millionen Euro erheblich aufgestockt.

[Weiterführende Informationen](#)

FORSCHUNG

50 Millionen Euro für Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“

Das Land unterstützt mit 50 Millionen Euro den Ausbau des Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“. Die Mittel sind zur Forschung und Technologieentwicklung vorgesehen, um die Innovationsfähigkeit in der Automobil- und Maschinenbaubranche zu stärken und neue Impulse zu setzen.

[Weiterführende Informationen](#)

WEITERBILDUNG

Umfassende Weiterbildungsoffensive beschlossen

Die Landesregierung hat die ressortübergreifende Weiterbildungsoffensive WEITER.mit.BILDUNG@BW beschlossen. Die berufsbezogene Weiterbildung erfolgt damit erstmals

Die Landesregierung hat die ressortübergreifende Weiterbildungsoffensive WEITER.mit.BILDUNG@BW beschlossen. Die berufsbezogene Weiterbildung erfolgt damit erstmals unter einem gemeinsamen Dach. Dafür werden rund 40 Millionen Euro aus dem Programm „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ investiert.

[Weiterführende Informationen](#)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Cyber Valley wird noch größer, stärker und internationaler

Die Erfolgsgeschichte des Cyber Valley in Stuttgart und Tübingen, einem europaweit einmaligen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und intelligente Systeme, wird fortgeschrieben. Mit 100 Millionen Euro fördern die Hector Stiftungen den Ausbau der Einrichtung.

[Weiterführende Informationen](#)

VERKEHR

Land fördert Digitalisierung des Straßenverkehrs

Zur Optimierung der Verkehrssteuerung und der Mobilitätsangebote investiert das Land insgesamt zehn Millionen Euro in die Digitalisierung der Straßenverkehrsinfrastruktur und der Straßenbauverwaltung. Die Finanzierung erfolgt über das Programm „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“.

[Weiterführende Informationen](#)

WALD

Waldstrategie Baden-Württemberg 2050 vorgestellt

Der Wald leidet unter den Auswirkungen des Klimawandels. Zudem sind die gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald gestiegen. Um mit diesen Herausforderungen zielgerichtet und effizient umgehen zu können, wurde in einem breiten Dialogprozess eine Waldstrategie für Baden-Württemberg erarbeitet.

[Weiterführende Informationen](#)

NATURSCHUTZ

Bericht zur Lage der Natur 2020 vorgestellt

Bericht zur Lage der Natur 2020 vorgestellt

Der Bericht zur Lage der Natur 2020 stellt den Zustand und die Entwicklung der biologischen Vielfalt auf Grundlage der aktuellen Daten und Informationen dar und gibt einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des Landes im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

[Weiterführende Informationen](#)

TECHNOLOGIE

Kabinett beschließt Landesplattform Wasserstoff

Die Landesregierung hat die Landesplattform Wasserstoff beschlossen. Baden-Württemberg soll ein führender Standort für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien werden. Dafür stehen rund dreieinhalb Millionen Euro aus der Rücklage „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ zur Verfügung.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

100 Millionen Euro für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg

Die Landesregierung stärkt mit mehr als 100 Millionen Euro durch Kooperationsvorhaben den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg. Unterstützt werden die Vernetzung der Hochschulmedizin und die Spitzenforschung im Bereich der Lebenswissenschaften am Innovationscampus Rhein-Neckar.

[Weiterführende Informationen](#)

TRANSFORMATION

Landesregierung beschließt Wasserstoff-Roadmap

Wasserstoff ist eine Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz und eine wichtige Zukunftstechnologie für den Wirtschaftsstandort. Mit der Wasserstoff-Roadmap hat die Landesregierung einen Fahrplan beschlossen, anhand dessen Baden-Württemberg zu einem führenden Standort für Wasserstofftechnologien werden soll.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Land sorgt für Sicherheit auf Straßen, Plätzen und im digitalen Raum

Mit dem Projekt „Sicherer öffentlicher Raum“ hat die Landesregierung unter Beteiligung der Kommunen ein Maßnahmenpaket zur weiteren Verbesserung der Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls geschnürt. Zudem bekommt Baden-Württemberg eine Cybersicherheitsagentur für die Sicherheit im digitalen Raum.

[Weiterführende Informationen](#)

HOCHWASSERSCHUTZ

Integriertes Rheinprogramm kommt voran

Die Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms kommt voran. Von 13 geplanten Rückhalteräumen sind acht schon fertig gebaut oder derzeit gerade im Bau. In diesem Jahr stehen knapp 138 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung. Die Gesamtkosten liegen bei etwa 1,7 Milliarden Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONA-IMPfung

Landesregierung beschließt Corona-Impfstrategie

Baden-Württemberg bereitet sich mit Hochdruck auf eine bald verfügbare Corona-Impfung vor. Zunächst sollen zentrale Impfbereitschaftszentren Corona-Risikogruppen versorgen. Mit Kreisimpfbereitschaftszentren gehen wir kurz darauf in die Breite.

[Weiterführende Informationen](#)

BÜROKRATIEABBAU

Landesregierung entlastet Vereine und Ehrenamt

Mit einem 13 Projekte umfassenden Maßnahmenpaket will die Landesregierung Vereine und das Ehrenamt von Bürokratie entlasten. Zugleich hat die Landesregierung ihren aktuellen Jahresbericht zum Bürokratieabbau veröffentlicht.

[Weiterführende Informationen](#)

TOURISMUS

36 Millionen Euro für die Stabilisierung des Tourismus

Zusätzlich zu den auf Bundes- und Landesebene bereits auf den Weg gebrachten Soforthilfeprogrammen hat die Landesregierung weitere Maßnahmen zur Stabilisierung und zukunftsfähigen Ausrichtung der Tourismusbranche in Baden-Württemberg beschlossen.

[Weiterführende Informationen](#)

BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerbeteiligung hat sich in Baden-Württemberg etabliert

Bürgerbeteiligung ist in Baden-Württemberg bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturvorhaben unverzichtbar und selbstverständlich geworden. Das bestätigt eine wissenschaftliche Untersuchung. Ein Beispiel für die Einbindung der Zivilgesellschaft ist aktuell das Bürgerforum Corona.

[Weiterführende Informationen](#)

KULTUR

Dialogprozess stellt Weichen für künftige Kulturpolitik

In einem zweijährigen Beteiligungsprozess „Dialog | Kulturpolitik für die Zukunft“ hat die Landesregierung mit Kulturschaffenden und Kulturinteressierten die Grundlagen einer Kulturpolitik für das nächste Jahrzehnt entwickelt. Jetzt liegen die Ergebnisse des Kulturdialogs vor.

[Weiterführende Informationen](#)

SCHIENENVERKEHR

Land treibt Ausbau des Nahverkehrs weiter voran

Baden-Württemberg will Schienenland Nummer eins werden. Die Landesregierung treibt daher den Ausbau des Nahverkehrs weiter konsequent voran und hat jetzt attraktive Fördersätze für große Schienenprojekte beschlossen. Damit können mehr Vorhaben als bisher in Angriff genommen werden.

Land treibt Ausbau des Nahverkehrs weiter voran

Baden-Württemberg will Schienenland Nummer eins werden. Die Landesregierung treibt daher den Ausbau des Nahverkehrs weiter konsequent voran und hat jetzt attraktive Fördersätze für große Schienenprojekte beschlossen. Damit können mehr Vorhaben als bisher in Angriff genommen werden.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

Landesregierung ruft zweite Pandemiestufe aus

Aufgrund steigender Infektionszahlen und diffusem Ausbruchsgeschehen in einzelnen Landkreisen hat die Landesregierung die zweite Pandemiestufe ausgerufen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann appelliert eindringlich an die Menschen, sich an die Corona-Regeln zu halten. Kontrollen werden weiter verschärft.

[Weiterführende Informationen](#)

FORSCHUNG

60 Millionen Euro für Max-Planck-Institut für Verhaltensbiologie in Konstanz

Baden-Württemberg unterstützt die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Verhaltensbiologie am Unicampus Konstanz mit 60 Millionen Euro. Die Einrichtung hat enorme Bedeutung für Aktivitäten der Landesregierung zum Klimaschutz und im Bereich der Künstlichen Intelligenz.

[Weiterführende Informationen](#)

FINANZMARKT

Land will mit Anleihen ökologisch nachhaltige Projekte finanzieren

Um ihr nachhaltiges Handeln auch am Finanzmarkt transparent zu machen, hat die Landesregierung die Emission eines „Green Bond Baden-Württemberg“ beschlossen. Mit den Erlösen sollen ökologisch nachhaltige Projekte und Vorhaben refinanziert werden.

[Weiterführende Informationen](#)

POLIZEI

[Weiterführende Informationen](#)

POLIZEI

Bericht zu den Stuttgarter Ausschreitungen

Innenminister Thomas Strobl hat im Ministerrat zu den Ausschreitungen in Stuttgart in der Nacht zum 21. Juni berichtet und über die Konsequenzen informiert. Es wurden 88 Tatverdächtige ermittelt, die an den Ausschreitungen beteiligt waren. Gegen die Straftäter wird entschlossen vorgegangen.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

Land wappnet sich für mögliche zweite Corona-Welle

Die Landesregierung hat sich intensiv auf eine mögliche zweite Infektionswelle vorbereitet. Ein neues Stufensystem gibt Auskunft über die Pandemielage im Land. Ministerpräsident Winfried Kretschmann appelliert an die Menschen im Land, weiterhin vorsichtig zu sein.

[Weiterführende Informationen](#)

STEUERN

Land bringt Grundsteuergesetz auf den Weg

Das Kabinett hat den Entwurf eines Landesgrundsteuergesetzes auf den Weg gebracht. Baden-Württemberg geht damit als erstes Land einen eigenen Weg und nutzt die Öffnungsklausel des Bundes für eine innovative und bürokratiearme Bodenwertsteuer.

[Weiterführende Informationen](#)

KLIMASCHUTZ

Moderner und zukunftsgerichteter Klimaschutz im Land

Das Kabinett hat das neue Klimaschutzgesetz zur Beratung im Landtag freigegeben. Die Neuregelung sieht unter anderem eine Photovoltaik-Pflicht für neue Nichtwohngebäude und eine Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung vor. Baden-Württemberg nimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Gesundheitsstandort Baden-Württemberg wird weiter gestärkt

Das Gesundheitswesen in Baden-Württemberg ist eines der besten weltweit. Um die Spitzenposition zu halten, hat die Landesregierung eine massive Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und einen zusätzlichen Rettungsschirm für die Krankenhäuser im Land beschlossen.

[Weiterführende Informationen](#)

EUROPA

Neue Impulse für die Zusammenarbeit mit Frankreich

Mit einem breiten Maßnahmenbündel setzt die Landesregierung neue Impulse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Baden-Württemberg. Das sieht die vom Kabinett am französischen Nationalfeiertag beschlossene Frankreich-Konzeption vor.

[Weiterführende Informationen](#)

POLIZEI

Baden-Württemberg wird noch sicherer

Mit mehr Personal, bestmöglicher Ausstattung und den notwendigen rechtlichen Befugnissen stärkt die Landesregierung die Polizei. Sie tut alles, um den Menschen im Land das höchste Maß an Sicherheit zu bieten. Das vom Ministerrat beschlossene Polizeigesetz wird nun in den Landtag eingebracht.

[Weiterführende Informationen](#)

LANDWIRTSCHAFT

Weiterer Ausbau des ökologischen Landbaus

Baden-Württemberg möchte den Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche bis 2030 auf 30 bis 40 Prozent steigern. Um die steigende Nachfrage nach Bio-Produkten aus heimischer Erzeugung zu bedienen, wurde der Bio-Aktionsplan des Landes weiterentwickelt.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

LANDWIRTSCHAFT

Weiterer Ausbau des ökologischen Landbaus

Baden-Württemberg möchte den Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche bis 2030 auf 30 bis 40 Prozent steigern. Um die steigende Nachfrage nach Bio-Produkten aus heimischer Erzeugung zu bedienen, wurde der Bio-Aktionsplan des Landes weiterentwickelt.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

Landesregierung erweitert Teststrategie

Um weiterhin frühzeitig auf das Infektionsgeschehen reagieren zu können, soll die Teststrategie des Landes erweitert werden. Geplant sind zielgerichtete Untersuchungen in bestimmten Bevölkerungsgruppen, so etwa ein Monitoring von Patienten bei Krankenhausaufnahme.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

Weiteres Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Start-ups und Mittelstand

Die Landesregierung unterstützt Start-ups und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg mit einem weiteren Maßnahmenpaket in der Corona-Krise. Die Überbrückungshilfe des Bundes wird ergänzt, öffentliches Beteiligungskapital wird bereitgestellt, Krisenberatung und Weiterbildung werden ausgeweitet.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Land beschließt Ausbau der Medizinstudienplätze

Die Landesregierung hat einen deutlichen Ausbau der Anzahl der Studienanfängerplätze in der Humanmedizin sowie ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Allgemeinmedizin und der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen beschlossen.

[Weiterführende Informationen](#)

WOHNUNGSBAU

Wohnraumoffensive der Landesregierung

Die Landesregierung will dafür sorgen, dass mehr Wohnungen entstehen, die sich gerade auch Familien mit normalen oder geringen Einkommen leisten können. Im Rahmen der Wohnraumoffensive startet ein bundesweit einmaliger Grundstücksfonds, weitere Bausteine folgen zeitnah.

[Weiterführende Informationen](#)

FORST

Klimawandel trifft Wälder mit besonderer Wucht

Der Klimawandel trifft unsere Wälder mit besonderer Wucht. Im dritten Jahr in Folge sind großflächig schwere Waldschäden zu erwarten. Das Land hat bereits einen Notfallplan für den Wald aufgelegt und will zusätzliche finanzielle Anreize für Waldbesitzer auf den Weg bringen.

[Weiterführende Informationen](#)

WIRTSCHAFT

Land bringt Beteiligungsfonds für den Mittelstand auf den Weg

Mit einem Beteiligungsfonds in Höhe von einer Milliarde Euro will die Landesregierung das Eigenkapital kleiner und mittlerer Unternehmen stärken, auch zukünftig deren Liquidität ermöglichen und deren Fortbestand somit über die Krise hinaus sichern.

[Weiterführende Informationen](#)

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Energieversorgung während der Corona-Krise ist aktuell gesichert

Die Energieversorgung in Baden-Württemberg ist auch in der Corona-Krise gewährleistet. Die umfangreichen Notfallpläne der Netz- und Kraftwerksbetreiber funktionieren hervorragend. Auch der große Anteil der erneuerbaren Energien sichert die Stromversorgung.

[Weiterführende Informationen](#)

CORONAVIRUS

Weitere 100 Millionen Euro zur Entlastung von Familien

Für das Hilfsnetz für Familien und kommunale Einrichtungen zahlt das Land eine weitere Soforthilfe von 100 Millionen Euro. Die Landesinstrumente gegen die Corona-Pandemie und ihre Folgen summieren sich mittlerweile auf bis zu neun Milliarden Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

SOFORTHILFE CORONA

Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Wirtschaft im Land

Die Corona-Pandemie trifft unsere heimische Wirtschaft mit voller Wucht. Mit einem branchenübergreifenden Sofortprogramm hilft die Landesregierung schnell und unbürokratisch. Wir werden alles dafür tun, um unsere Wirtschaft erfolgreich durch diese Krise zu bringen. Es stehen rund fünf Milliarden Euro für Wirtschaftshilfen bereit.

[Weiterführende Informationen](#)

FORSCHUNG

Land fördert anwendungsorientierte Forschung zu Quantencomputing

Quantentechnologie ist ein wichtiger Schritt, um entscheidende Zukunftstechnologien zu gestalten. Das Land unterstützt daher die anwendungsorientierte Forschung zu Quantencomputing in Baden-Württemberg mit 40 Millionen Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Auf dem Weg zur digitalen Leitregion Europas

Baden-Württemberg kommt auf dem Weg zur digitalen Leitregion Europas gut voran. Die Digitalisierungsstrategie digital@bw macht das Land fit für die digitale Zukunft. Etliche Vorhaben sind schon weit fortgeschritten oder gar abgeschlossen. Das zeigt der zweite Digitalisierungsbericht.

[Weiterführende Informationen](#)

INNENPOLITIK

Mehr Befugnisse für die Polizei

Die Landesregierung hat ein neues Polizeigesetz beschlossen, das mehr Befugnisse für die Polizei und noch mehr Sicherheit bringt. Bei Geflüchteten, die eine Beschäftigungserlaubnis haben und in Arbeit stehen, soll die Zeit des Asylverfahrens auf den Duldungszeitraum angerechnet werden.

[Weiterführende Informationen](#)

KLIMASCHUTZ

Mehr Klimaschutz für Landesgebäude

Seit 1990 konnten die CO₂-Emissionen landeseigener Liegenschaften um rund 50 Prozent reduziert werden. Damit wurden die Zwischenziele des Energie- und Klimaschutzkonzepts 2020 vorzeitig erreicht. Die Landesregierung verstärkt nun die Klimaschutzziele für Landesgebäude für 2030 bis 2050.

[Weiterführende Informationen](#)

WOHNUNGSBAU

250 Millionen Euro pro Jahr für Wohnungsbau

Mit dem Wohnraumförderprogramm 2020/2021 stärkt die Landesregierung den sozialen Wohnungsbau. Als erstes Bundesland setzt Baden-Württemberg auch im sozialen Mietwohnungsbau auf mehr Klimaschutz. Für selbstgenutzten Wohnraum gibt es auch weiterhin attraktive Förderkonditionen.

[Weiterführende Informationen](#)

INNOVATION

Neue Innovationsstrategie des Landes beschlossen

Baden-Württemberg befindet sich in hartem Wettkampf um die weltweit intelligentesten Technologien, besten Ideen und klügsten Köpfe. Die neue Innovationsstrategie des Landes ist Grundlage, um Projekte im Umfang von einer halben Milliarde Euro anzustoßen.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

50 Millionen Euro für innovative Projekte im Gesundheitsbereich

Baden-Württemberg fördert innovative Projekte aus den Bereichen Gesundheitsforschung, -wirtschaft und -versorgung mit 50 Millionen Euro. Das Forum Gesundheitsstandort vernetzt die Akteure aus den verschiedenen Bereichen und schafft einen Austausch über Ressortgrenzen hinweg.

[Weiterführende Informationen](#)

GESELLSCHAFT

Zusammenhalt in Baden-Württemberg stark und stabil

Eine aktuelle Studie der Bertelsmanns-Stiftung zeigt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg stark und stabil ist. Gegenüber der vergangenen Studie sind die regionalen Unterschiede kleiner geworden.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Landesregierung stärkt Sicherheit im öffentlichen Raum

Die Landesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum beschlossen. Sie setzt auf starke Prävention in allen Bereichen und eine noch intensivere Vernetzung. Die Menschen im Land sollen nicht nur tatsächlich sicher sein, sondern sich auch sicher fühlen.

[Weiterführende Informationen](#)

KLIMASCHUTZ

Verstärkter Einsatz beim globalen Klimaschutz

In dem von Baden-Württemberg und Kalifornien initiierten Klimaschutzbündnis Under2 Coalition haben sich weltweit mehr als 230 Regionen und Städte zusammengeschlossen. Auf der UN-Klimakonferenz in Madrid hat das Bündnis über künftige Arbeitsschwerpunkte diskutiert. Es will seine Aktivitäten ausweiten.

[Weiterführende Informationen](#)

EUROPA

Forderungen des Landes an die neue Europäische Kommission

Baden-Württemberg bringt sich bereits frühzeitig mit einer ganzen Reihe wichtiger Zukunftsthemen auf europäischer Ebene ein. Dazu hat die Landesregierung ein Positionspapier mit zentralen Anliegen an die neue Europäische Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen beschlossen.

[Weiterführende Informationen](#)

BÜROKRATIEABBAU

Behördengänge künftig bequem online erledigen

Die Landesregierung hat ein Arbeitsprogramm zum Bürokratieabbau für 2019/2020 beschlossen. Mit fast 60 Vorhaben werden bürokratische Hürden abgebaut. Viele Behördengänge können in Zukunft bequem vom heimischen Sofa aus online erledigt werden. Förderprogramme werden vereinfacht. Es kommt zu spürbaren Entlastungen.

[Weiterführende Informationen](#)

SCHULE

Mehr Flexibilität bei den Ganztagsangeboten

Ab dem kommenden Schuljahr wird das Land kommunale Betreuungsangebote an Grundschulen und Grundstufen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren wieder stärker bezuschussen. Damit sollen Eltern noch besser ein passendes Angebot für eine flexible Betreuung finden.

[Weiterführende Informationen](#)

SCHULE

Landesregierung will Schulleitungen stärken und entlasten

Die Landesregierung hat ein umfassendes Konzept zur Stärkung und Entlastung von Schulleitungen entwickelt. Aus den nun vorgestellten Eckpunkten geht unter anderem hervor, dass Zuschläge für kommissarische Schulleitungen eingeführt und Fortbildungs- und Beratungsangebote aus- und weiterentwickelt werden sollen.

Landesregierung will Schulleitungen stärken und entlasten

Die Landesregierung hat ein umfassendes Konzept zur Stärkung und Entlastung von Schulleitungen entwickelt. Aus den nun vorgestellten Eckpunkten geht unter anderem hervor, dass Zuschläge für kommissarische Schulleitungen eingeführt und Fortbildungs- und Beratungsangebote aus- und weiterentwickelt werden sollen.

[Weiterführende Informationen](#)

MOBILITÄT

Für eine digitalisierte und nachhaltige Mobilität der Zukunft

Die Landesregierung hat Maßnahmen zur Förderung digitalisierter und nachhaltiger Mobilität der Zukunft vorgestellt. Von öffentlich zugänglichen Mobilitätsdaten sollen im Land künftig Verwaltungen, private Nutzer und Unternehmen profitieren. Eine effiziente und intelligente Mobilität nützt der Wirtschaft und dem Klimaschutz.

[Weiterführende Informationen](#)

BIOLOGISCHE VIELFALT

Artenkenntnis vermitteln, Artenvielfalt stärken

Als weiteren Baustein im Kampf gegen Artenschwund richtet die Landesregierung ein Zentrum für Integrative Taxonomie ein, das sowohl Wissenschaft und Forschung als auch die Fort- und Weiterbildung für die Praxis abdeckt. Ziel ist es, das Fachwissen zur Artenvielfalt im Land zu stärken, weiterzuentwickeln und in die Gesellschaft zu tragen.

[Weiterführende Informationen](#)

ARTENSCHUTZ

Kabinett beschließt Eckpunktepapier zum Volksbegehren

Als Antwort und Weiterentwicklung auf das von „ProBiene“ initiierte Volksbegehren für mehr Artenvielfalt hat die Landesregierung ein Eckpunktepapier beschlossen. Die Eckpunkte verbinden die Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft. Zu den Maßnahmen gehört auch ein Ausbau des ökologischen Landbaus.

die Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft. Zu den Maßnahmen gehört auch ein Ausbau des ökologischen Landbaus.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Land stärkt Schutz jüdischer Einrichtungen

Nach dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle stellt die Landesregierung zusätzliche Mittel für den Schutz jüdischer Einrichtungen zur Verfügung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann rief dazu auf, sich als Gesellschaft gemeinsam und mit aller Entschlossenheit neuem Juden Hass entgegenzustellen.

[Weiterführende Informationen](#)

FINANZEN

Entwurf des Doppelhaushaltes für 2020 und 2021 beschlossen

Die Landesregierung will mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 weiter kräftig in die Zukunftsfähigkeit des Landes investieren. Schwerpunkte sind Bildung und Wissenschaft, gesellschaftliches Miteinander und Sicherheit sowie der Klimaschutz. Zugleich wird der Haushalt weiter konsolidiert.

[Weiterführende Informationen](#)

LANDWIRTSCHAFT

Pilotprojekt zur Risikovorsorge im Obst- und Weinbau

Die Landesregierung hat mit Blick auf den Klimawandel ein bundesweit einmaliges Pilotprojekt zur Risikovorsorge im Obst- und Weinbau beschlossen. Es soll die Einführung einer wirtschaftlich tragfähigen Versicherungslösung gegen die Risiken Frost, Sturm und Starkregen mit Landesmitteln unterstützen.

[Weiterführende Informationen](#)

KUNST UND KULTUR

Land beschreitet neue Wege der Kulturförderung

Das Land unterstützt die Landkreise dabei, das kulturelle Leben in den Regionen zu stärken und ehrenamtlichen Akteuren eine Perspektive zu bieten. Als zentrale Ansprechpartner im ländlichen Raum sollen Regionalmanagerinnen und Regionalmanager im Bereich Kultur etabliert werden.

[Weiterführende Informationen](#)

RADVERKEHR

Land treibt Planung und Bau von Radschnellwegen voran

Radschnellwege sind aufgrund direkter, umwegefreier Führungen ohne viele Hindernisse gerade auch auf längeren Distanzen besonders attraktiv. Deshalb treibt die Landesregierung die Planungen und den Ausbau der Radschnellwege im Land weiter voran.

[Weiterführende Informationen](#)

LANDESREGIERUNG

Baden-Württemberg und Bayern stärken länderübergreifende Zusammenarbeit

Die Regierungen von Baden-Württemberg und Bayern sind in Meersburg zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung zusammengekommen. Die beiden Länder sind wirtschaftliche Lokomotiven und führende Industrie- und Innovationsregionen in Deutschland. Für einen lebendigen Föderalismus wurde ein Zehn-Punkte-Positionspapier verabschiedet.

[Weiterführende Informationen](#)

RELIGION

Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung erhält rechtssichere Basis

Der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung wird auf Grundlage einer Stiftung des öffentlichen Rechts fortgeführt und erhält damit in Baden-Württemberg eine tragfähige und rechtssichere Basis. Die Stiftung bietet dem islamischen Religionsunterricht eine Perspektive für die Zukunft.

[Weiterführende Informationen](#)

TOURISMUS

rechtssichere Basis. Die Stiftung bietet dem islamischen Religionsunterricht eine Perspektive für die Zukunft.

[Weiterführende Informationen](#)

TOURISMUS

Neue Tourismuskonzeption für Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat eine neue Tourismuskonzeption für Baden-Württemberg verabschiedet. Sie dient als strategische Grundlage für die Herausforderungen der kommenden Jahre und als Basis für die zukünftige Tourismusförderung des Landes. Wichtig ist dabei ein nachhaltiger, innovativer und qualitativ hochwertiger Tourismus für alle.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Ein Jahr Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg

Mit dem Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg sollen die Bereiche Forschung, Wirtschaft und Versorgung besser vernetzt und gemeinsam vorangebracht werden. Ministerpräsident Winfried Kretschmann zog nach einem Jahr eine positive Zwischenbilanz.

[Weiterführende Informationen](#)

INFRASTRUKTUR

320 Millionen Euro jährlich für kommunale Verkehrsprojekte

Die Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur wird um 155 Millionen Euro jährlich aufgestockt und damit fast verdoppelt. Das Geld wird benötigt für Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs, für Straßen, Brücken sowie für Projekte des Rad- und Fußverkehrs und der Barrierefreiheit.

[Weiterführende Informationen](#)

HOCHBAU

Optimierte Kostensteuerung im staatlichen Hochbau

Mit noch mehr Transparenz, Offenheit, Gründlichkeit und einer verstärkten Bürgerbeteiligung will das Land bei der Kostensicherheit von Bauvorhaben neue Wege gehen. Top-Projekte sollen noch detaillierter und zunehmend digitalisiert geplant werden.

[Weiterführende Informationen](#)

BIOÖKONOMIE

Nachhaltige Bioökonomie für Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat mit der neuen Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie für Baden-Württemberg“ den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung der biobasierten Wirtschaft gesetzt. Die Strategie soll helfen, erneuerbare oder recycelbare Rohstoffe zu erschließen, die Treibhausgasemissionen zu senken und die Biodiversität zu stärken.

[Weiterführende Informationen](#)

WOHNUNGSBAU

Wohnungsbau im Land beschleunigen

Die Landesregierung hat Eckpunkte für eine Wohnraumoffensive und zur Änderung der Landesbauordnung beschlossen. Es geht um wichtige Anreize, den Wohnungsbau im Land weiter nachhaltig anzukurbeln. Insbesondere der „Kommunalfonds Wohnraumoffensive BW“ ist entscheidend für einen zügigen Bau von bezahlbaren Wohnungen.

[Weiterführende Informationen](#)

EUROPA

Baden-Württemberg profitiert von Europa

Europa ist für Baden-Württemberg Staatsräson. Wir profitieren nicht nur finanziell durch den Binnenmarkt und die direkte Förderung. Gemeinsam können wir auch Projekte stemmen, für die uns alleine die Ressourcen fehlen würden.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Kabinett bringt Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes auf den Weg

Kabinett bringt Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes auf den Weg

Das Kabinett hat die Einbringung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes in den baden-württembergischen Landtag beschlossen. Längere Fixierungen von Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie dürfen dann nur noch mit der Genehmigung eines Richters erfolgen.

[Weiterführende Informationen](#)

KATASTROPHENSCHUTZ

Großübungen von Polizei und Katastrophenschutz des Landes

Als Grundlage für einen bestmöglichen Katastrophenschutz führt das Land zahlreiche Großübungen von Polizei und Bevölkerungsschutz durch. Im Blickpunkt steht dabei die gesamte Bandbreite möglicher Gefahrenlagen, angefangen von klassischen Szenarien wie Tunnel- oder Waldbrände über kerntechnische Störfälle bis hin zu terroristischen Bedrohungslagen und Cyberangriffen.

[Weiterführende Informationen](#)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Land investiert 20 Millionen Euro in Künstliche Intelligenz

Die Landesregierung hat ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Künstlichen Intelligenz in Baden-Württemberg beschlossen. Mit weiteren 20 Millionen Euro fördert das Land Projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft beim Thema Künstliche Intelligenz stärken.

[Weiterführende Informationen](#)

FORSTWIRTSCHAFT

Ministerrat macht Weg frei zu neuem Forstgesetz

Die Landesregierung hat das Forstreformgesetz beschlossen. Es ist ein Musterbeispiel an Beteiligung, leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der heimischen Waldwirtschaft und ist ein zentraler Meilenstein zur Reform der Forststrukturen im Land.

[Weiterführende Informationen](#)

GESELLSCHAFT

Was Baden-Württemberg zusammenhält

Die Landesregierung möchte mit mutigen und unkonventionellen Ansätzen das Miteinander in Baden-Württemberg stärken. Dafür investiert die Landesregierung 20 Millionen Euro in zahlreiche Projekte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

[Weiterführende Informationen](#)

KLIMA

Neue Wärme- und Trockenrekorde im Land

Mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von 10,4 Grad Celsius war 2018 das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Um den Klimaschutz im Land zu stärken, arbeitet die Landesregierung derzeit an der Fortschreibung des Landesklimaschutzgesetzes.

[Weiterführende Informationen](#)

INNOVATION

Landesregierung nimmt bei Innovation Tempo auf

Baden-Württemberg gehört zu den führenden Innovationsstandorten der Welt. Mit einer Rahmenstrategie zum Thema Innovation und einer Imagekampagne mit internationaler Strahlkraft will das Land die erfolgreichen innovationspolitischen Aktivitäten fortführen, weiterentwickeln und optimal verzahnen.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Digitalakademie@bw macht Kommunen fit für Digitalisierung

Die Landesregierung investiert rund 20 Millionen Euro in die Digitalisierung von Kommunen. Die Digitalakademie@bw ist ein bundesweit einzigartiges Kompetenznetzwerk für Mitarbeiter der Öffentlichen Verwaltung, das von der Bildung bis zur Qualifizierung, vom E-Government bis zur Innovation alle Bereiche abdeckt.

[Weiterführende Informationen](#)

NAHVERKEHR

Rekordförderung für kommunale Nahverkehrsprojekte

Baden-Württemberg hat den Ausbau der Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr in den vergangenen Jahren nachhaltig gefördert. Für große kommunale Nahverkehrsprojekte hat das Land im Jahr 2018 Fördermittel des Bundes in Rekordhöhe abgerufen.

[Weiterführende Informationen](#)

LUFTREINHALTUNG

Luftqualität in Stuttgart und im Land wird kontinuierlich besser

Die Maßnahmen der Landesregierung zur Luftreinhaltung zeigen Wirkung. In den vergangenen Jahren ist die Luft in den Städten in Baden-Württemberg deutlich besser geworden. Der Stundenmittelwert für Stickstoffdioxid und der Grenzwert für Feinstaub konnten eingehalten werden. Das Land beschleunigt nun die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan, um die Luft weiter zu verbessern und Fahrbeschränkungen für Euro-5/V-Diesel zu vermeiden.

[Weiterführende Informationen](#)

LANDWIRTSCHAFT

Landesregierung fördert fünf neue Bio-Musterregionen

Die Landesregierung fördert fünf weitere Bio-Musterregionen. Damit stärkt sie das Bewusstsein für ökologischen Landbau und Bio-Lebensmittel. So nützt die immer größere Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln der heimischen Landwirtschaft sowie der Umwelt und der Artenvielfalt.

[Weiterführende Informationen](#)

HOCHSCHULEN

Universitäten im Land nehmen Anlauf zum Exzellenztitel

Kein Land in Europa investiert soviel Geld in Forschung und Entwicklung wie Baden-Württemberg. Die Universitäten im Land sind im Wettbewerb um den Exzellenztitel immer überproportional erfolgreich. Auch im Rennen um die besonders prestigeträchtige Förderlinie „Exzellenzuniversität“ haben sechs Landesuniversitäten Chancen auf den Titel.

[Weiterführende Informationen](#)

EUROPA

Landesregierung stellt Europa-Leitbild vor

Die Landesregierung hat in Brüssel ihr Europa-Leitbild vorgestellt. Das Leitbild entstand im Rahmen des Europadialogs der Landesregierung. Der Europadialog hat die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite bei Debatte mitgenommen. Es liefert wertvolle Impulse für die Debatte um die Europäische Union der Zukunft und gibt Orientierung, wofür die Landesregierung in der Europapolitik steht.

[Weiterführende Informationen](#)

VERKEHR

Straßenbau 2018 erneut auf Rekordniveau

Baden-Württemberg hat im Jahr 2018 die Rekordsumme von 1,5 Milliarden Euro für Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen ausgegeben. Das ist das Ergebnis einer konsequenten und strategischen Verkehrspolitik. Schwerpunkt ist der Erhalt und die Ertüchtigung der bestehenden Straßeninfrastruktur.

[Weiterführende Informationen](#)

GESCHICHTE

Baden-Württemberg und seine Kelten

Die Landesregierung macht mit der kulturpolitischen Landeskonzeption „Baden-Württemberg und seine Kelten“ die historische Bedeutung der Kelten für Baden-Württemberg an zahlreichen Fundstätten und Museen im Land sichtbar und erfahrbar. Zentraler Bestandteil der Konzeption soll die Heuneburg als Kulturdenkmal sein. Sie soll zu einer musealen und touristischen Erlebniswelt ausgebaut werden.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

450 Millionen Euro für die Krankenhäuser im Land

Die Landesregierung macht mit der kulturpolitischen Landeskonzeption „Baden-Württemberg und seine Kelten“ die historische Bedeutung der Kelten für Baden-Württemberg an zahlreichen Fundstätten und Museen im Land sichtbar und erfahrbar. Zentraler Bestandteil der Konzeption soll die Heuneburg als Kulturdenkmal sein. Sie soll zu einer musealen und touristischen Erlebniswelt ausgebaut werden.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

450 Millionen Euro für die Krankenhäuser im Land

Die Landesregierung stellt die Weichen für eine gesicherte medizinische Versorgung der Menschen im Land. Mit über 450 Millionen Euro sorgt sie im kommenden Jahr dafür, dass es für Patientinnen und Patienten zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort das passende Angebot gibt.

[Weiterführende Informationen](#)

GEWÄSSERSCHUTZ

Aktionsplan Jagst bringt das Leben zurück in den Fluss

Nach einem verheerenden Brand an der Jagst 2015 kam es zur Umweltkatastrophe und der Fluss war über viele Kilometer tot. Der Aktionsplan Jagst hat seitdem viele Maßnahmen ergriffen, um die Jagst wiederzubeleben. Nach gut drei Jahren zeigen sich die ersten Erfolge. Nicht nur kehrt langsam das Leben in den Fluss zurück, die ökologische Sanierung ist auch zu einem Pilotprojekt für andere Flüsse geworden.

[Weiterführende Informationen](#)

MENSCHENWÜRDIGES STERBEN

Land stärkt Hospiz- und Palliativversorgung

Das Land stärkt die Hospiz- und Palliativversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit 1,3 Millionen Euro. Schwerpunkte des Aktionsplans sind die Verbesserung der Palliativkompetenz von Pflegekräften und die Unterstützung der Trauerbegleitung. Sterbenden und deren Angehörigen soll so viel Unterstützung und Geborgenheit gegeben werden wie nur möglich.

[Weiterführende Informationen](#)

JUSTIZ

Landesregierung stärkt Justizvollzug

Die Landesregierung hat auf den Anstieg der Gefangenen im Land mit verschiedenen Maßnahmen reagiert und nun weitere Weichen gestellt, um die Situation im Justizvollzug zu verbessern. In den beiden vergangenen Jahren wurden rund 250 Neustellen für den Justizvollzug geschaffen, im Entwurf für den Nachtragshaushalt sind 30 weitere Anwärterstellen vorgesehen.

[Weiterführende Informationen](#)

INNOVATION

Impulse für die Innovationspolitik des Landes

Der Technologiebeauftragte der Landesregierung hat ein Impulspapier zur künftigen Innovationspolitik des Landes vorgelegt. Darin zeigt er Technologiefelder auf, die für die Wettbewerbsfähigkeit von Baden-Württemberg von hoher Bedeutung sind. Besonders die wirtschaftsnahe Forschung in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Quantentechnologien will die Landesregierung stärken.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Vorreiter für Künstliche Intelligenz

Baden-Württemberg hat als bundesweit erstes Land eine umfassende Digitalisierungsstrategie auf den Weg gebracht. Um auch in Zukunft weltweit führender Industriestandort zu sein, setzt das Land mit besonderem Nachdruck auf Künstliche Intelligenz. Dazu hat die Landesregierung jetzt eine Strategie vorgestellt.

[Weiterführende Informationen](#)

HAUSHALT

Kabinett beschließt Nachtragshaushalt 2018/19

Die Landesregierung hat den Entwurf eines Nachtrags zum Haushalt 2018/19 beschlossen. Darin sind Mehrausgaben von rund zwei Milliarden Euro veranschlagt. Darüber hinaus sollen zusätzlich implizite wie explizite Schulden in Höhe von voraussichtlich 1,7 Milliarden Euro getilgt werden. Damit ist Baden-Württemberg für Haushaltskrisen gewappnet und sorgt dafür, dass unsere Schuldenuhr rückwärts läuft.

[Weiterführende Informationen](#)

FORSCHUNG

Erfolg für das Land bei der Exzellenzstrategie

Die baden-württembergischen Universitäten haben bisher im Bund-Länder Wettbewerb der Exzellenzstrategie sehr gut abgeschnitten. Zwölf Exzellenzcluster haben die Landesuniversitäten für die anstehende Förderperiode eingeworben, das bedeutet zusätzliche Mittel in Höhe von 62 bis 75 Millionen Euro pro Jahr für die universitäre Spitzenforschung im Land. Damit befinden sich 21 Prozent aller erfolgreichen Forschungscluster in Baden-Württemberg.

[Weiterführende Informationen](#)

NAHVERKEHR

Millionen zur Senkung der ÖPNV-Tarife

Der Öffentliche Personennahverkehr in Baden-Württemberg wird mit dem BW-Tarif attraktiver. Ziel ist es, die Ticketpreise um bis zu 35 Prozent zu senken. Das Land stellt dafür jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Luftreinhaltung.

[Weiterführende Informationen](#)

KINDERSCHUTZ

Landesregierung setzt Kommission Kinderschutz ein

Um Kinder in Baden-Württemberg noch besser vor sexueller Gewalt und Missbrauch zu schützen, setzt die Landesregierung vor dem Hintergrund des Missbrauchsfalls in Staufen eine hochkarätig besetzte Kommission aus Ministerien und externen Experten ein.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Polizeistruktur 2020 stärkt Polizei und Sicherheit

Die Landesregierung hat die Polizeistruktur 2020 beschlossen. In Ravensburg und Pforzheim entstehen zwei neue Polizeipräsidien. Kriminalpolizei und Schutzpolizeidirektionen bleiben als tragende Säulen der regionalen Polizeipräsidien erhalten. Mit diesen maßgeschneiderten Verbesserungen wird die Polizei im Land leistungsstärker, erfolgreicher und bürgernäher.

[Weiterführende Informationen](#)

MOBILITÄT

Die Landesregierung hat die Polizeistruktur 2020 beschlossen. In Ravensburg und Pforzheim entstehen zwei neue Polizeipräsidien. Kriminalpolizei und Schutzpolizeidirektionen bleiben als tragende Säulen der regionalen Polizeipräsidien erhalten. Mit diesen maßgeschneiderten Verbesserungen wird die Polizei im Land leistungsstärker, erfolgreicher und bürgernäher.

[Weiterführende Informationen](#)

MOBILITÄT

Strategiedialog Automobilwirtschaft BW zieht erstes Resümee

Ein Jahr nach dem Start des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW haben die Beteiligten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein erstes Resümee gezogen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann sieht Baden-Württemberg auf dem besten Weg vom Automobilland Nr. 1 zum ökologisch nachhaltigen und ökonomisch erfolgreichen Mobilitätsland Nr. 1.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg gestartet

Beim Auftakt zum Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg haben sich die Beteiligten darauf verständigt, in einem strategischen Prozess mit Unterstützung der Landesregierung Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg auf ein höchstmögliches Niveau zu entwickeln.

[Weiterführende Informationen](#)

LUFTREINHALTUNG

Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung Stuttgart

Die Regierungskoalition hat sich auf ein Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung in Stuttgart geeinigt. Ab dem 1. Januar 2019 gilt für Dieselfahrzeuge mit Euro 4 und schlechter ein ganzjähriges Fahrverbot in Stuttgart. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mit Euro 5 sollen mit verschiedenen Maßnahmen weiter vermieden werden.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Bessere Hilfe für Menschen mit psychischer Erkrankung

Die Landesregierung verbessert die Versorgung psychisch kranker Menschen im Land. Sie hat dazu einen umfassenden Rahmenplan beschlossen. Psychisch erkrankten Menschen soll so die Teilhabe an allen Lebensbereichen ermöglicht werden. Der Fokus dabei liegt auf der Versorgung in der Gemeinde.

[Weiterführende Informationen](#)

SOZIALES

Masterplan Jugend beschlossen

Kinder und Jugendliche sind die Verantwortungsträger von Morgen. Deshalb hat die Landesregierung die Jugendarbeit im Land neu strukturiert und einen „Masterplan Jugend“ entwickelt. Allen Jugendlichen sollen günstige und pädagogisch gut betreute Freizeitangebote offenstehen. Themenschwerpunkte sind die Demokratie- und Medienbildung, Migration, Partizipation und Vielfalt in der Gesellschaft.

[Weiterführende Informationen](#)

ENERGIE

Solaroffensive der Landesregierung

Mit einer Solaroffensive will die Landesregierung den Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie wieder in Schwung bringen. Mit acht verschiedenen Maßnahmen will sie informieren, beraten, für Sonnenenergie werben und Investitionen in neue Anlagen fördern.

[Weiterführende Informationen](#)

GARTENSCHAUEN

Landesgartenschauen und Gartenschauen von 2026 bis 2030 vergeben

In Ellwangen, Rottweil und Ulm finden in den Jahren 2026, 2028, und 2030 Landesgartenschauen statt. Gartenschauen sind 2027 und 2029 in Bad Urach und Vaihingen an der Enz. Die ausrichtenden Städte profitieren in erheblichem Maße von der finanziellen Förderung im Kontext einer Gartenschau.

[Weiterführende Informationen](#)

BÜRGERBETEILIGUNG

Beteiligung fördert Integration

Eine intensive Bürgerbeteiligung trägt zu gelungener Integration geflüchteter Menschen bei. Das zeigt eine Analyse der Kommunalen Flüchtlingsdialoge. Aus den Flüchtlingsdialogen haben sich inzwischen die Nachbarschaftsgespräche entwickelt.

[Weiterführende Informationen](#)

UNIKLINIKEN

Sanierungsoffensive für die Universitätskliniken des Landes

Die Landesregierung startet eine Sanierungsoffensive für die Universitätskliniken des Landes. Die Kliniken in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm bekommen insgesamt 400 Millionen Euro. Damit geht die Landesregierung den Sanierungsstau entschieden an. Gleichzeitig sollen optimale Bedingungen für Spitzenmedizin geschaffen werden.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Auf dem Weg zur digitalen Leitregion

Baden-Württemberg ist auf den Weg zur digitalen Leitregion. Die Landesregierung hat den ersten Bericht zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie digital@bw vorgelegt. Zahlreiche Förderprogramme sind angelaufen und erste Projekte in praktischer Anwendung.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Ethikunterricht künftig ab Klasse 5

Die Landesregierung baut den Ethikunterricht im Land schrittweise aus, künftig steht er bereits ab Klassenstufe 5 auf dem Lehrplan. Ethik sei ein wichtiges Angebot für eine wachsende Zahl an Schülerinnen und Schüler ohne kirchliche Bindung, begründet Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Vorhaben.

[Weiterführende Informationen](#)

TOURISMUS

Neue Tourismuskonzeption

Baden-Württemberg ist ein echtes Urlaubsland. Um aktuelle Herausforderungen und Chancen zu gestalten, erarbeitet die Landesregierung bis Mitte 2019 eine neue Tourismuskonzeption für Baden-Württemberg. Zugleich wird das Heilbäder- und Kurortewesen weiterentwickelt. Der Tourismus ist auch ein bedeutender Wirtschaftszweig im Land.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Mehr Qualität im Bildungsbereich

Mit strukturellen Weiterentwicklungen will die Landesregierung die Unterrichtsqualität im Land verbessern. Zwei neue Institutionen sollen dazu wichtige Unterstützung leisten: ein Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung sowie ein Institut für Bildungsanalysen.

[Weiterführende Informationen](#)

BUNDESGARTENSCHAU

Bundesgartenschau Heilbronn 2019 auf der Zielgeraden

2019 findet die Bundesgartenschau in Heilbronn statt, das Land wird sich dort mit einem umfangreichen Programm präsentieren. Die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren. Für Baden-Württemberg habe die Bundesgartenschau als Aushängeschild und Schaufenster des Landes große Bedeutung, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

[Weiterführende Informationen](#)

WOHNEN

500 Millionen Euro für den Wohnungsbau

Für den Wohnungsbau stellt das Land in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits 2017 gab es Fördermittel in Höhe von 250 Millionen Euro, mit dem 1.400 neue Sozialwohnungen entstehen. Prämien für Kommunen sollen für die planerischen Voraussetzungen sorgen, um dringend benötigten sozial gebundenen Mietwohnraum zu verwirklichen.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

455 Millionen Euro für die Krankenhäuser im Land

Baden-Württemberg investiert 2018 insgesamt 455 Millionen Euro in die Krankenhäuser im Land. Davon stammen allein 235 Millionen Euro aus dem diesjährigen Jahreskrankenhausbauprogramm, das der Ministerrat beschlossen hat. Damit wird die Landesregierung ihrer Verantwortung für ihre Krankenhäuser gerecht.

[Weiterführende Informationen](#)

ANTISEMITISMUS

Neuer Antisemitismusbeauftragter

Das Kabinett hat den Religionswissenschaftler Dr. Michael Blume zum neuen Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung ernannt. Der 43-jährige ist ein hochgeschätzter Experte für Religionsfragen. Blume wird in Zukunft regelmäßig einen Bericht zum Kampf gegen den Antisemitismus in Baden-Württemberg vorstellen.

[Weiterführende Informationen](#)

ANTISEMITISMUS

Klare Kante gegen Antisemitismus

Antisemitismus in unserer Gesellschaft gilt es entschlossen zu bekämpfen, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der Schutz jüdischen Lebens im Land gehört zur Staatsräson Baden-Württembergs. Die Landesregierung wird deshalb einen Antisemitismusbeauftragten einsetzen.

[Weiterführende Informationen](#)

HOCHSCHULEN

Landtag verabschiedet neues Hochschulgesetz

Durch das neue Landeshochschulgesetz stärkt die Landesregierung Doktoranden und den Gründergeist an Hochschulen. Erstmals erhalten Promovierende in Deutschland einen eigenen Status und damit ein Stimmrecht in den Hochschulgremien.

[Weiterführende Informationen](#)

VERKEHRSSICHERHEIT

Mehr Kontrollen und Prävention für mehr Verkehrssicherheit

Den positiven Trend der vorhergegangenen Jahre konnte Baden-Württemberg nicht halten: In 2017 gab es im Land mehr Verkehrsunfälle und leider auch mehr Verkehrstote, wenn auch weniger Verletzte. Zu hohe Geschwindigkeit und Ablenkung am Steuer waren die Hauptursachen für Unfälle. Die Landesregierung steuert dagegen und stellt ein Maßnahmenpaket für mehr Verkehrssicherheit vor.

[Weiterführende Informationen](#)

SOZIALES

Bessere Pflege zuhause

Die Landesregierung reformiert das Landespflegegesetz. Ziel ist es, dass jeder Pflegebedürftige an seinem Wohnort ein passendes Angebot finden und so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben kann. Beruf und Pflege von Angehörigen sollen besser miteinander vereinbart werden können. Das Gesetz soll die Beratung verbessern und Pflege- und Gesundheitsdienste vor Ort stärker vernetzen.

[Weiterführende Informationen](#)

EUROPA

Land positioniert sich zur EU-Förderung nach 2020

Die Landesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung in Brüssel ihre Positionen zu den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union und die Förderperiode der EU nach 2020 abgesteckt.

[Weiterführende Informationen](#)

LANDWIRTSCHAFT

Vier „Bio-Musterregionen Baden-Württemberg“

Mit vier „Bio-Musterregionen Baden-Württemberg“ bringt die Landesregierung den Ökolandbau in Baden-Württemberg voran. Ausgewählt wurden die Landkreise Bodensee und Konstanz, Ravensburg, Enzkreis sowie der Landkreis Heidenheim mit Kommunen des Ostalbkreises. Die Bio-Musterregionen sollen Impulse für das ganze Land bringen.

[Weiterführende Informationen](#)

Vier „Bio-Musterregionen Baden-Württemberg“

Mit vier „Bio-Musterregionen Baden-Württemberg“ bringt die Landesregierung den Ökolandbau in Baden-Württemberg voran. Ausgewählt wurden die Landkreise Bodensee und Konstanz, Ravensburg, Enzkreis sowie der Landkreis Heidenheim mit Kommunen des Ostalbkreises. Die Bio-Musterregionen sollen Impulse für das ganze Land bringen.

[Weiterführende Informationen](#)

MITTELSTAND

Pop-up-Labore sollen Innovationen fördern

Die Landesregierung fördert die Innovationspotentiale des Mittelstands. Dazu hat sie sogenannte „Pop-up-Labore“ ins Leben gerufen, in denen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen neue Wege kennenlernen, innovativer zu arbeiten und Innovationen erfolgreich auf den Markt zu bringen.

[Weiterführende Informationen](#)

NACHHALTIGKEIT

Denkfabrik für effizienten Einsatz von Ressourcen

Der Ministerrat hat beschlossen, gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft einen Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ zu errichten. Es geht darum, Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ressourcenarmen Baden-Württemberg zu steigern.

[Weiterführende Informationen](#)

HAUSHALT

Landtag beschließt Doppelhaushalt 2018/2019

Der Landtag hat den Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 beschlossen. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen steht die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das Land nimmt keine neuen Schulden auf, baut Schulden ab und investiert kräftig in Bildung, Digitalisierung und Umweltschutz.

[Rede von Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Landtag](#)

[Rede von Finanzministerin Edith Sitzmann im Landtag](#)

[Meldung zum Beschluss der Landesregierung](#)

BILDUNG

Exzellenzgymnasium für Naturwissenschaft und Technik

Die Landesregierung baut die Hochbegabtenförderung im Land aus. In Bad Saulgau soll ein neues Exzellenzgymnasium mit Schwerpunkt auf Naturwissenschaft und Technik, den sogenannten „MINT“-Fächern, entstehen. Einen entsprechenden Beschluss fällte der Ministerrat.

[Weiterführende Informationen](#)

BIOLOGISCHE VIELFALT

36 Millionen Euro für den Artenschutz

Baden-Württemberg übernimmt Verantwortung dafür, die Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Die Landesregierung sieht die Stärkung der biologischen Vielfalt als dringendste Aufgabe der Umwelt-, Naturschutz- und Landwirtschaftspolitik. Für das vom Ministerrat beschlossene Sonderprogramm stehen in den kommenden beiden Jahren rund 36 Millionen Euro zur Verfügung.

[Weiterführende Informationen](#)

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Land setzt Bundesteilhabegesetz konsequent um

Mehr Selbstbestimmung, mehr Teilhabe, mehr Mitsprache – Die Landesregierung verbessert mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes die Situation für über 80.000 Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Digitale Wege ins Museum

Mit dem Projekt „Digitale Wege ins Museum“ fördert die Landesregierung die Digitalisierung der Museen und Kultureinrichtungen im Land. Im Fokus stehen innovative Konzepte zur digitalen Vermittlung von Kunst und Kultur. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein der landesweiten Digitalisierungsstrategie.

[Weiterführende Informationen](#)

BÜROKRATIEABBAU

Normenkontrollrat soll Bürokratie im Land abbauen

Die Landesregierung hat beschlossen, einen Normenkontrollrat zum Bürokratieabbau einzurichten. Den Vorsitz übernimmt die ehemalige Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Gisela Meister-Scheufelen. Das Gremium soll die Wettbewerbsfähigkeit im Land stärken und zu Kostenvermeidung und Bürokratieentlastung führen.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Mehr Qualität und Flexibilität in der Oberstufe

Mit einem neuen Konzept für die gymnasiale Oberstufe gibt es mehr Qualität, mehr Flexibilität und mehr Raum für individuelle Begabungen beim Abitur in Baden-Württemberg. Dabei betont es die besondere Bedeutung der Grundlagenfächer und Fremdsprachen, legt aber auch einen verstärkten Fokus auf die Naturwissenschaften.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Mehr Geld für Privatschulen

Der Landtag hat eine Novelle des Gesetzes für die Schulen in freier Trägerschaft verabschiedet. Damit wird die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft auf eine neue, dauerhafte und solide Grundlage gestellt. Die Schulen erhalten einen Anspruch darauf, dass das Land absolute Zuschüsse bis zu einem Kostendeckungsgrad von 80 Prozent bezahlt. Verzichten die Schulen auf Schulgeld, erhalten sie zusätzlich einen Ausgleich.

[Weiterführende Informationen](#)

NATURSCHUTZ

Für einen modernen und effizienten Naturschutz

Die Landesregierung hat eine Novelle des Landesnaturschutzgesetzes beschlossen. Für ein modernes und effizientes Naturschutzrecht sollen auch die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden. So wird künftig vermehrt auf elektronische Verordnungstexte und Karten gesetzt.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

[Weiterführende Informationen](#)

NATURSCHUTZ

Für einen modernen und effizienten Naturschutz

Die Landesregierung hat eine Novelle des Landesnaturschutzgesetzes beschlossen. Für ein modernes und effizientes Naturschutzrecht sollen auch die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden. So wird künftig vermehrt auf elektronische Verordnungstexte und Karten gesetzt.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNG

Mehr Sicherheit im Netz

Die „Cyberwehr Baden-Württemberg“ soll künftig rund um die Uhr die Sicherheit im Netz erhöhen. Sie ist eine Kontakt- und Beratungsstelle vor allem für kleine und mittlere Unternehmen rund um die Netzsicherheit. Außerdem soll sie eine landesweite Koordinierungsstelle bei landesweiten Hackerangriffen sein. Dabei arbeitet sie eng mit bereits bestehenden Institutionen zusammen.

[Weiterführende Informationen](#)

DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE

Eine Milliarde Euro für Digitalisierung

Die Landesregierung hat die ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ beschlossen. Sie orientiert sich an der Nachhaltigkeit, dem Innovationsgehalt und dem konkreten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger. Baden-Württemberg soll so zur digitalen Leitregion werden.

Die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung deckt ressortübergreifend von der Mobilität über Bildung und Gesundheitswesen bis hin zur Sicherheit, Wirtschaft sowie Infrastruktur alle Themenbereiche ab. Bis 2021 investiert die Landesregierung rund eine Milliarde Euro in die Digitalisierung.

[Weiterführende Informationen](#)

START-UP BW

Land startet neue Gründungsoffensive

Die Landesregierung hat auf dem Start-up-Gipfel Baden-Württemberg die neue Gründungsoffensive des Landes unter dem Titel „Start-up BW“ gestartet. Zentrale Aufgabe der neuen Landeskampagne ist, die regionalen Start-up-Landschaften und die Stärken Baden-Württembergs insgesamt als Start-up-Standort verstärkt zu bündeln und dessen Attraktivität national wie international sichtbar zu machen. Darüber hinaus ist ein Maßnahmenpaket, mit dem die Start-up-Aktivitäten im Land auf vielfältige Weise gefördert werden, enthalten.

[Weiterführende Informationen](#)

KLIMAWANDEL

Maßnahmen zum Klimaschutz

Die Landesregierung hat den ersten „Monitoringbericht zu Klimafolgen und Anpassung“ in Baden-Württemberg vorgelegt. Der Bericht liefert eine Bestandsaufnahme zu den Folgen des Klimawandels im Land. Darüber hinaus werden Maßnahmen aufgeführt und bewertet, mit denen das Land dem Klimawandel begegnen möchte.

[Weiterführende Informationen](#)

SCHIENENVERKEHR

Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr

Die Landesregierung hat die Neuvergabe der Nahverkehrsnetze in Baden-Württemberg beschlossen. Die Fahrgäste im Land können künftig insbesondere von besseren Taktzeiten und höheren Standards profitieren. In den jeweiligen Netzen werden in Zukunft sowohl preisliche als auch qualitative Verbesserungen kommen.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Mehr Sicherheit für das Land

Zur weiteren Verbesserung der Sicherheit in Baden-Württemberg hat die Landesregierung gesetzliche Änderungen bei der Polizei und beim Verfassungsschutz auf den Weg gebracht. Die Sicherheitsbehörden bekommen damit zusätzliche Befugnisse im Kampf gegen den Terror.

[Weiterführende Informationen](#)

ELEKTROMOBILITÄT

Land baut Förderung der Elektromobilität aus

Die Landesregierung weitet die Förderung der Elektromobilität in Baden-Württemberg deutlich aus. Ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen im Land ist ein Ziel der neuen „Landesinitiative Elektromobilität III“. Sie soll Baden-Württemberg in Deutschland zur Leitregion für E-Mobilität machen.

[Weiterführende Informationen](#)

NATURSCHUTZ

Biosphärengebiet Schwarzwald ist UNESCO-Biosphärenreservat

Der internationale Koordinierungsrat für das UNESCO-Programm „Man and the biosphere“ hat das Biosphärengebiet Schwarzwald als zertifiziertes UNESCO-Biosphärenreservat anerkannt.

Das Biosphärengebiet Schwarzwald ist nach dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb das zweite Biosphärengebiet in Baden-Württemberg, das den strengen Kriterien der UNESCO genügt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann sieht darin eine Verpflichtung, die Land, Landkreise und die Kommunen gemeinsam gegenüber Natur und Umwelt eingehen.

Die Anerkennung ist ein weiterer wichtiger Baustein für den Artenschutz und zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Land. Es bringt Umweltschutz und Wirtschaft in Einklang und leistet so auch einen Mehrwert für die Wirtschaft und den Tourismus und damit für die Menschen in der Region.

[Weiterführende Informationen](#)

ARBEIT

Neues Arbeitsmarkt-Programm des Landes

Die Landesregierung hat das neue Landesprogramm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen. Es bietet Menschen Hilfestellungen an, die trotz der guten Konjunktur bisher Schwierigkeiten haben auf dem dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Programm richtet sich vor allem an Langzeitarbeitslose, junge Menschen ohne Berufsausbildung, Alleinerziehende, ältere Menschen und Migrantinnen und Migranten. Von 2018 bis 2010 stellt die Landesregierung insgesamt 19,2 Millionen Euro für das Landesprogramm zur Verfügung.

[Weiterführende Informationen](#)

JUSTIZ

Keine religiös und politisch geprägten Symbole vor Gericht

Der Landtag hat das Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes beschlossen. Es sieht ein Verbot religiös und politisch geprägter Symbole bei richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten vor.

Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte dürfen demnach in einer Sitzung oder bei Amtshandlungen, bei denen Beteiligte oder Zeugen anwesend sind, keine Symbole oder Kleidungsstücke tragen, die bei objektiver Betrachtung eine religiöse oder politische Überzeugung zum Ausdruck bringen.

[Weiterführende Informationen](#)

STUDIUM

Gebühren für Internationale Studierende und das Zweitstudium

Der Landtag hat das Gesetz zu Gebühren für Internationale Studierende und das Zweitstudium verabschiedet. Für internationale Studierende aus den ärmsten Ländern der Welt gibt es gezielte Ausnahmeregelungen. Dabei soll das Gesetz durch mehr Mittel für die Betreuung der Studierenden die Internationalisierung der Hochschulen fördern. Die Regelungen gelten ab dem kommenden Wintersemester.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Verbindliche Vorlage der Grundschulempfehlung

Der Landtag hat einen Gesetzentwurf der Landesregierung für die verbindliche Vorlage der Grundschulempfehlung beschlossen. Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten müssen die Grundschulempfehlung bei der Anmeldung in der weiterführenden Schule künftig vorlegen. Die Entscheidung, welche weiterführende Schulart ihr Kind besuchen soll, treffen aber nach wie vor die Eltern.

Die Änderungen sollen zum 1. August 2017 in Kraft treten und somit erstmals für den Übergang auf die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2018/19 gelten. Ziel ist es, die weiterführenden Schulen bei der gezielten Förderung der Kinder von Anfang an unterstützen. Weicht die Schulwahl der Eltern von der Grundschulempfehlung ab, kann die weiterführende Schule den Erziehungsberechtigten ein Beratungsgespräch anbieten.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Neues Realschulkonzept

Der Landtag hat einen Gesetzentwurf des Kultusministeriums für die Weiterentwicklung der Realschule beschlossen. Die Realschulen sollen flexibler als bisher auf die Herausforderungen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft reagieren können. Das Ziel sind mehr Leistung und Qualität.

Das neue Konzept sieht vor, dass sich die Notengebung in der Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 künftig ausschließlich am mittleren Niveau ausrichtet, das zum Realschulabschluss führt. Außerdem soll es den Schulen möglich sein, leistungsdifferenzierte Gruppen oder Klassen in mehr Fächern als bisher zu bilden. Dafür soll die Zahl der Poolstunden bis zum Schuljahr 2020/21 von derzeit acht stufenweise auf 20 Stunden je Zug erhöht werden. Die Gesetzesänderung soll zum Schuljahr 2017/2018 in Kraft treten.

[Weiterführende Informationen](#)

INTEGRATION

320 Millionen Euro für Integration in den Kommunen

Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände haben den Pakt für Integration mit den Kommunen unterzeichnet. Danach stellt das Land den Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 320 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen zur Verfügung.

180 Millionen Euro erhalten die Kommunen dabei pauschal als Unterstützung bei den Kosten für die Anschlussunterbringung. Mit 140 Millionen Euro werden in den Städten und Gemeinden Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Übergang in den Beruf und bürgerschaftliches Engagement sowie der Einsatz von rund 1.000 Integrationsmanagern finanziert. Diese Integrationsmanager sollen vor Ort Lotsen- und Wegweiserfunktion für die Flüchtlinge haben und eine soziale Beratung und Betreuung im Einzelfall durchführen können.

[Weiterführende Informationen](#)

GESUNDHEIT

Über eine halbe Milliarde Euro für Krankenhäuser

Insgesamt 525,5 Millionen Euro Investitionsmittel stehen den Krankenhäusern in Baden-Württemberg in diesem Jahr zur Verfügung. Das ist der höchste Betrag, der in Baden-Württemberg jemals in einem Jahr in die Krankenhauslandschaft investiert wurde. Bei der Förderung setzt die Landesregierung nicht auf das Gießkannenprinzip, sondern fördert aktiv den nötigen Strukturwandel in der Krankenhausversorgung.

[Weiterführende Informationen](#)

VERWALTUNG

Land führt die elektronische Akte ein

Die Landesregierung hat die Einführung der landeseinheitlichen elektronische Akte in der baden-württembergischen Landesverwaltung beschlossen. Im Zuge des digitalen Wandels sollen auch die Verwaltungsstrukturen modernisiert werden. Was in der elektronischen Kommunikation per E-Mail längst Alltag ist, soll mit der E-Akte BW auch innerhalb der Landesverwaltung Standard werden: ein schneller, papierloser Austausch mit einer optimalen Vernetzung des Know-Hows.

Ende 2018 beginnt die Pilotphase, ab 2022 soll dann die Landesverwaltung flächendeckend mit der elektronischen Akte arbeiten. Dabei gelten für die elektronische Akte höchste Sicherheitsstandards.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Weiterer Ausbau der Ganztagschulen

Die Landesregierung baut die Ganztagsbetreuung an Schulen weiter aus. Ab dem Schuljahr 2017/18 starten weitere 57 Schulen im Land mit der schulgesetzlich verankerten Ganztagskonzept. Damit gibt es dann 440 Ganztagschulen in Baden-Württemberg. Darüber hinaus hat das Kultusministerium neun Anträge weiterführender Schulen nach dem alten Landeskonzept (Schulversuch) genehmigt.

Mit den Ganztagsangeboten profitieren die Schülerinnen und Schüler von einer umfassenden und hochwertigen Bildung. Die Landesregierung will sie deshalb sollen bedarfsgerecht und familienfreundlich ausbauen. Dies ist auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

[Weiterführende Informationen](#)

HAUSHALT

Landtag beschließt Landeshaushalt 2017

Der Landtag hat den Haushalt 2017 verabschiedet. Es ist gelungen, die schwarze Null zu schaffen, darüber hinaus 800 Millionen Euro strukturell einzusparen sowie drängende Sanierungsmaßnahmen und wichtige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Der Haushalt hat ein Volumen von rund 48 Milliarden Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

LUFTREINHALTUNG

Mit den Ganztagsangeboten profitieren die Schülerinnen und Schüler von einer umfassenden und hochwertigen Bildung. Die Landesregierung will sie deshalb sollen bedarfsgerecht und familienfreundlich ausbauen. Dies ist auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

[Weiterführende Informationen](#)

HAUSHALT

Landtag beschließt Landeshaushalt 2017

Der Landtag hat den Haushalt 2017 verabschiedet. Es ist gelungen, die schwarze Null zu schaffen, darüber hinaus 800 Millionen Euro strukturell einzusparen sowie drängende Sanierungsmaßnahmen und wichtige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Der Haushalt hat ein Volumen von rund 48 Milliarden Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

LUFTREINHALTUNG

Für eine bessere Luftqualität in Stuttgart

Die Landesregierung hat wichtige Maßnahmen für die 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Stuttgart beschlossen. Zur Einhaltung der Luftschadstoffgrenzwerte ist ein umfassendes Maßnahmenpaket von intelligenter Verkehrssteuerung bis hin zum Luftreinhaltenetz ab 2018 unumgänglich. Dabei gelten zwei Grundsätze: Die Fahrzeuge mit den niedrigsten Belastungen werden am wenigsten beschränkt, und alle Betroffenen sollen eine Mobilitätsalternative haben.

Das Land fordert weiterhin mit Nachdruck die Einführung einer blauen Plakette auf Bundesebene, um die notwendigen Verkehrsbeschränkungen auf Basis des sich etablierten Umweltplakettensystems umsetzen zu können.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Schulfach Informatik wird gestärkt

Der Ministerrat hat das Konzept des Kultusministeriums zur Stärkung des Schulfaches Informatik beraten und beschlossen. Ab dem Schuljahr 2017/18 wird in Klassenstufe 7 der allgemein bildenden Gymnasien ein Aufbaukurs Informatik eingeführt. Die anderen weiterführenden Schularten folgen.

Ziel der Stärkung des Schulfaches Informatik ist es, die Schülerinnen und Schüler im Land auf die Herausforderungen einer digitalisierten Lebens- und Arbeitswelt angemessen vorzubereiten. In dem Aufbaukurs Informatik sollen die Schülerinnen und Schüler grundlegende Kompetenzen der

informatischen Bildung erwerben. Dabei geht es um die Codierung von Daten, den Umgang mit Algorithmen, digitale Kommunikation sowie die Bedeutung und den Schutz von Daten in der Informationsgesellschaft.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Konsequent gegen Gefährder vorgehen

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt hat gezeigt, dass bei der Sicherheitspolitik nachgesteuert werden muss. Die Landesregierung reagiert auf die Erkenntnisse mit ersten Maßnahmen. Oberstes Ziel der Landesregierung ist es dabei, bestmöglich für die Sicherheit der Menschen im Land zu sorgen. Sie konzentriert sich bei ihren Maßnahmen dabei auf Gefährder.

[Weiterführende Informationen](#)

HUMANITÄRES ENGAGEMENT

Hilfe vor Ort für die Menschen im Nordirak

Baden-Württemberg unterstützt die irakische Region Dohuk mit verschiedenen Projekten vor Ort. Die Projekte tragen dazu bei, dass Einheimische und Flüchtlinge eine Bleibeperspektive für sich und ihre Familien im Nordirak sehen.

Mit insgesamt 1,1 Millionen Euro fördert das Land Baden-Württemberg die Ertüchtigung der Mülltrennungsanlage Quashie bei Dohuk, die Existenzgründung für erwerbslose, besonders schutzbedürftige einheimische und geflohene Frauen in Dohuk sowie den Schulbesuch einheimischer und vertriebener Kinder in Dohuk.

Zusätzlich zu diesen humanitären Projekten unterstützt das Staatsministerium die Studierenden in Dohuk, die am vom Wissenschaftsministerium geförderten Institut für Psychotherapie und Psychotraumatologie an der Universität Dohuk zu Therapeuten ausgebildet werden sollen, mit Stipendien in Höhe von 320.000 Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

[Institut für Psychotherapie in Dohuk startet Studienbetrieb](#)

MEDIEN

Landesregierung beschließt Fortführung der Initiative Kindermedienland

Die Landesregierung hat die Fortführung der Medienkompetenzinitiative Kindermedienland Baden-Württemberg beschlossen. Die Initiative richtet sich mit ihren Angeboten an Kinder, Jugendliche, aber auch deren Eltern und andere Erziehungsberechtigte. Ziel der Initiative ist es, mit niederschweligen Angeboten Kinder und Erwachsene an die zahlreichen Chancen der Digitalisierung heranzuführen, aber auch auf die Risiken im Umgang mit Medien aufmerksam zu machen.

[Weiterführende Informationen](#)

FLÜCHTLINGE

Kabinett berät über Standortkonzeption für die Erstaufnahme von Flüchtlingen

Das Kabinett hat die neue Standortkonzeption für die Erstaufnahme von Flüchtlingen beraten. Danach soll es im Land langfristig neben einem Ankunftszentrum zusätzlich pro Regierungsbezirk je eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) geben. Die Zahl der Plätze in der Erstaufnahme soll deutlich zurückgefahren werden. Während im gesamten Jahr 2015 rund 98.000 Asylsuchende nach Baden-Württemberg gekommen waren, waren es bis Ende November 2016 etwa 31.000.

Alle LEAs sollen genauso wie das Ankunftszentrum jeweils alle Bestandteile des Aufnahmeverfahrens abdecken, allerdings mit geringeren Kapazitäten als im Ankunftszentrum. Ergänzend dazu sollen weitere Erstaufnahmeeinrichtungen (EA) – gegebenenfalls im Stand-by-Betrieb – als zusätzliche Unterbringungskapazitäten vorgehalten werden.

[Weiterführende Informationen](#)

FINANZEN

Landesregierung beschließt Mittelfristige Finanzplanung

Die Landesregierung hat die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2020 beschlossen. Sie basiert auf den Daten zum Haushaltsjahr 2016 zum Stand des dritten Nachtragshaushalts sowie auf dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Jahr 2017. Die endgültige Fassung der Mittelfristigen Finanzplanung 2016 bis 2020 wird vorgelegt, sobald der Landtag den Haushalt 2017 beschlossen hat.

[Weiterführende Informationen](#)

NACHHALTIGKEIT

Landesregierung legt Indikatorenbericht 2016 vor

Landesregierung legt Indikatorenbericht 2016 vor

Die Landesregierung hat den „Indikatorenbericht 2016 – Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg“ veröffentlicht. Der Bericht misst und überprüft anhand von Kennzahlen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, wie sich Baden-Württemberg in Sachen Nachhaltigkeit entwickelt.

Indikatoren sind zum Beispiel die erreichten Bildungsabschlüsse junger Menschen, die Erwerbstätigenquote, die Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten oder Kindertagesbetreuungs-Einrichtungen, das Aufkommen an Haus- und Sperrmüll sowie die Treibhausgasemissionen. Insgesamt umfasst der Bericht 53 Indikatoren, die den drei großen Themenfeldern „Ökologische Tragfähigkeit“, „Teilhabe und Gutes Leben“ sowie „Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren“ zugeordnet sind.

[Weiterführende Informationen](#)

Einfachere und schnellere Soforthilfen bei Unwettern

Die Landesregierung hat neue Eckpunkte für Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen beschlossen. Danach sollen Privathaushalte und kleine Gewerbetreibende in Zukunft nach schweren Unwettern noch einfacher und unbürokratischer Soforthilfen erhalten. Zudem will das Land zusammen mit den Kommunen einen Katastrophenfonds einrichten.

Künftig soll für die Auszahlung der Soforthilfen keine Entscheidung des Ministerrates mehr notwendig sein, sondern der Innenminister entscheidet im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten. Betroffene sollen keine Nachweise mehr für erlittene Schäden vorlegen müssen; es soll genügen, den Schaden bei der Antragstellung glaubhaft zu machen.

Der gemeinsame Katastrophenfonds von Land und Kommunen soll ein Volumen von insgesamt bis zu 30 Millionen Euro haben. Der Fonds ist – über bereits bestehende Förderprogramme hinaus – eine zusätzliche Unterstützungsmöglichkeit für Kommunen.

[Weiterführende Informationen](#)

Bewährungs- und Gerichtshilfe ab 2017 wieder in staatlicher Trägerschaft

Die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg wird zum 1. Januar 2017 wieder in staatliche Trägerschaft überführt. Der Landtag hat dem Gesetzentwurf der Landesregierung über

die Sozialarbeit der Justiz zugestimmt und die Übertragung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe beschlossen. Damit wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags umgesetzt und einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung getragen, wonach verbeamtete Bewährungshelfer nicht dauerhaft einem privaten Träger überlassen werden können.

Durch das Gesetz wird eine Anstalt des öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Justizministeriums errichtet und mit den Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg betraut. Dies umfasst ebenso die Erledigung des Täter-Opfer-Ausgleichs.

[Weiterführende Informationen](#)

WALD

Leitbild „Erholung und Sport im Wald“ vorgestellt

Die Landesregierung hat ein Leitbild „Erholung und Sport im Wald“ vorgestellt. Es soll eine Art Richtschnur für gutes Verhalten im Wald sein und ein gutes Miteinander ermöglichen. Ziel ist es, dass Menschen den Wald auch künftig als Ort der Erholung mit einem Höchstmaß an Freiheitsgraden nutzen können. So setzt sich das Leitbild zum Beispiel für den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt ein, aber auch für die Rechte der Waldbesitzenden.

Das Leitbild ist das Resultat des Forums „Erholung im Wald“. Daran beteiligt waren rund 30 Verbände und Organisationen, die einen Bezug zum Wald haben, wie Naturschutzorganisationen, Sportverbände, Waldbesitzer, Jagdverbände und Tourismusorganisationen. Die Landesregierung setzt auf Dialog, um Konflikte zu vermeiden und allen Waldnutzern ein gleichberechtigtes Miteinander zu ermöglichen.

[Weiterführende Informationen](#)

POLIZEI

Body-Cams für Polizistinnen und Polizisten

Mit der Änderung des Polizeigesetzes hat der Landtag der Einführung von Body-Cams für Polizistinnen und Polizisten zugestimmt. Dieses Instrument kann in Konfliktsituationen deeskalierend wirken und insbesondere tätliche Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte verhindern. Sollte es dennoch zu einem Übergriff kommen, können die Aufnahmen einer Body-Cam außerdem als Beweismittel in einem Strafverfahren eingebracht werden.

Die Polizeipräsidien in Mannheim, Stuttgart und Freiburg werden als Pilot-Präsidien mit Body-Cams ausgestattet.

[Weiterführende Informationen](#)

BILDUNG

Kabinett beschließt Finanzierung für Bildungshäuser und Förderprogramm für Kinder- und Familienzentren

Der Ministerrat hat beschlossen, die bestehenden „Bildungshäuser“ dauerhaft zu finanzieren. Bildungshäuser sind eine Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen mit regelmäßigen gemeinsamen und jahrgangsübergreifenden Bildungsangeboten. Ziel ist ein guter Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Eine wissenschaftliche Evaluierung hat die gute Arbeit der Bildungshäuser bestätigt. Besonders Kinder, die von familiärer Seite nicht ausreichend gefördert werden können, profitieren von den Angeboten.

Die Landesregierung hat außerdem beschlossen, für das 2016 angelaufene Förderprogramm zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren im Jahr 2017 erneut eine Million Euro bereit zu stellen. Die Kinder- und Familienzentren sollen Anlaufstelle und sozialer Treffpunkt für Familien und Nachbarschaft sein, Eltern und Kinder beraten, bilden und fördern und damit zur Stadtteilentwicklung beitragen. Zusätzlich soll ein Konzept für den landesweiten Ausbau von Kinder- und Familienzentren vorbereitet werden.

Beide Programme wurden bei den Haushaltsplanungen für das kommende Jahr berücksichtigt und müssen im Rahmen der Beratungen des Staatshaushaltsplans 2017 noch vom Landtag verabschiedet werden.

[Weiterführende Informationen](#)

POLIZEI

Polizeistrukturreform wird evaluiert

Die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg ist eines der wichtigsten Ziele der baden-württembergischen Landesregierung. Darum hat die Landesregierung vereinbart, die Polizeistrukturreform objektiv, ideologiefrei und polizeiorientiert zu evaluieren. Ziel ist es, den Menschen im Land durch eine bestmögliche Polizeiarbeit die bestmögliche Sicherheit zu bieten.

Ein Lenkungsausschuss unter Vorsitz des früheren bayerischen Polizeipräsidenten Waldemar Kindler steuert den Evaluationsprozess. Zusätzlich arbeiten Fachprojektgruppen an Themen wie Struktur und regionale Zuschnitte der Polizeipräsiden, Struktur der Kriminalpolizei, Verkehrspolizeidirektionen, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg und Technik, Logistik und Service der Polizei.

Erste Ergebnisse der Evaluierung sollen im Frühjahr 2017 vorliegen.

[Weiterführende Informationen](#)

NORDIRAK

Weitere Hilfe für Opfer des syrischen Bürgerkriegs

Baden-Württemberg hat mit einem Sonderprogramm für schutzbedürftige traumatisierte Frauen und Kinder aus dem Nordirak über 1.000 Menschen in Sicherheit nach Baden-Württemberg gebracht. Nach dieser schnellen und unkomplizierten Soforthilfe ergreift die Landesregierung nun auch Unterstützungsmaßnahmen vor Ort, um Folgen des Krieges zu mildern und Fluchtursachen zu bekämpfen.

So wird das Land unter der Federführung des Wissenschaftsministeriums gemeinsam mit der Universität Dohuk ein Institut für Psychotherapie im Nordirak aufbauen. Es soll einen Beitrag leisten, den Weg zur Selbsthilfe zu ebnen. Dazu sollen qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden, die in der Lage sind, das psychische Leid der Menschen zu lindern. Das Land wird zunächst eine Million Euro für das Institut bereitstellen. Hinzu kommen rund 320.000 Euro, die als Stipendiengelder für Studierende bereitgestellt werden.

Des Weiteren beteiligt sich Baden-Württemberg an einem Projekt im Nordirak zur Müllentsorgung und damit zum Schutz vor Seuchen sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Flüchtlingslagern. Weitere humanitäre Projekte gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft SEZ und einheimischen Partnern sind in Planung. Insgesamt hat das Land für die Partnerschaft mit der Region Dohuk drei Millionen Euro bereitgestellt.

[Weiterführende Informationen](#)

SICHERHEIT

Land stärkt Sicherheitsbehörden und Prävention

Die Landesregierung setzt weitere finanzielle und personelle Schwerpunkte bei Prävention, Terrorismusbekämpfung und dem Kampf gegen Internetkriminalität. Vor dem Hintergrund der jüngsten Anschläge hat der Ministerrat dafür verschiedene kurz- und mittelfristige Maßnahmen beschlossen.

So sollen unter anderem zur Bekämpfung des Islamismus Aufgaben der Polizei neu priorisiert und rund 100 Beamte aus anderen Aufgabenfeldern in den Bereich der Islamismusbekämpfung eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen IT-Experten, Experten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, Darknet-Experten oder Experten für den arabischen Sprach- und Kulturkreis eingestellt werden.

Baden-Württemberg hatte bereits nach den Anschlägen in Paris vieles auf den Weg gebracht und mit den schon umgesetzten Maßnahmen aus den Antiterrorpaketen die Sicherheitsbehörden gerade für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus dauerhaft gestärkt.

[Weiterführende Informationen](#)

FINANZEN

Landtag beschließt dritten Nachtragshaushalt 2016

Der Landtag hat den dritten Nachtrag zum Haushalt 2016 beschlossen. Darin enthalten sind Mittel zur Bewältigung der Unwetterschäden, Bildungsinvestitionen an Grundschulen und Gymnasien und zur Sprachförderung von Flüchtlingen sowie für die Regierungsneubildung notwendige Neustellen.

Den größten Teil der zusätzlichen Ausgaben machen die Unwetterhilfen mit rund 42 Millionen Euro aus. Damit beläuft sich das Gesamtvolumen des Haushalts 2016 auf rund 46,8 Milliarden Euro.

[Weiterführende Informationen](#)

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Kretschmann will für Europa kämpfen

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat in einer Regierungserklärung für einen neuen europäischen Geist geworben. Kretschmann reagierte damit auf das Brexit-Votum des britischen Volkes und nannte die Entscheidung vom 23. Juni „einen bitteren Tag für die europäische Einigung“.

In seiner Rede im Landtag unterstrich Kretschmann zudem die Bedeutung Europas für Deutschland und Baden-Württemberg. Mehr als 70 Jahre Frieden seien der europäischen Einigung zu verdanken. Außerdem profitiere gerade der Südwesten mit seiner exportorientierten Wirtschaft von Europa. Daher gehöre die Europäische Integration für Baden-Württemberg zur Staatsräson.

Kretschmann sagte, Schwächen in der politischen Architektur Europas müssten klar und offen angesprochen und angegangen werden. Er appellierte aber auch daran, nie zu vergessen, was wir an diesem Europa haben: „Es ist das Beste, das wir je hatten.“

[Weiterführende Informationen](#)

UNWETTER

Land hilft vom Unwetter betroffenen Regionen

Nach den verheerenden Unwetterschäden in verschiedenen Landesteilen hat die Landesregierung beschlossen, alle Landesprogramme, mit denen die Folgen des extremen Unwetters im privaten, betrieblichen, kommunalen und staatlichen Bereich abgemildert werden können, im Jahr 2016 prioritär auf die vom Unwetter betroffenen Gebiete zu konzentrieren.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte, das Land Baden-Württemberg werde alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den vom Hochwasser betroffenen Menschen zu helfen. Ausmaß

und Folgen der Unwetter seien so groß, dass ein solidarisches Handeln des Landes geboten sei. In einem ersten Schritt hatte das Land eine Soforthilfe an Private und kleine Gewerbebetriebe ausbezahlt.

[Weiterführende Informationen](#)

Im Rahmen des dritten Nachtrags zum Haushalt 2017 hat das Land Unwetterhilfen von rund 42 Millionen Euro bereitgestellt, davon - neben den bereits geleisteten Soforthilfen - gut 10,6 Millionen Euro für die Beseitigung der Schäden in Braunsbach, 15 Millionen Euro für die Sanierung beschädigter Landesstraßen und Brücken sowie 6,5 Millionen Euro für Landwirte.

[Weiterführende Informationen](#)

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.

In einer Regierungserklärung mit dem Titel „Baden-Württemberg gestalten. Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Schwerpunkte und Leitlinien der künftigen Arbeit der Landesregierung vorgestellt.

Kretschmann betonte in seiner Rede im Landtag, die Landesregierung wolle in den kommenden Jahren besonders den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die soziale und innere Sicherheit stärken. Die Leitlinie in Bezug auf die Integration zugewanderter Menschen laute „Integration fördern und fordern“.

Ein weiterer Schwerpunkt wird in den kommenden fünf Jahren laut Kretschmann auf der Wirtschaftspolitik liegen. Die Landesregierung wolle Baden-Württemberg zum Gründerland und zum Magneten für kreative Menschen machen. Dabei folge die Landesregierung stets einem Kompass der Nachhaltigkeit. Als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg stehe die neue Landesregierung zudem für eine leistungsstarke und gerechte Bildungspolitik.

[Weiterführende Informationen](#)

REGIERUNG

Kretschmann als Ministerpräsident wiedergewählt

Der Landtag von Baden-Württemberg hat Winfried Kretschmann erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und die von ihm gebildete Landesregierung bestätigt. Kretschmann hatte im ersten Wahlgang 82 von 142 Stimmen erhalten. Winfried Kretschmann führt damit die bundesweit erste grün-schwarze Landesregierung als Regierungschef an.

[Weiterführende Informationen](#)

REGIERUNG

Kretschmann als Ministerpräsident wiedergewählt

Der Landtag von Baden-Württemberg hat Winfried Kretschmann erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und die von ihm gebildete Landesregierung bestätigt. Kretschmann hatte im ersten Wahlgang 82 von 142 Stimmen erhalten. Winfried Kretschmann führt damit die bundesweit erste grün-schwarze Landesregierung als Regierungschef an.

[Weiterführende Informationen](#)

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/beschluesse-und-projekte/zeitstrahl-2016-2021>